Nr. 122 2. Ausgabe — Sonntag, 5. Mai 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: Redaktion Nr. 13 8 97, Expedition Nr. 13 8 36, Verlag Nr. 13 5 28. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 15 Pf., für auswärts 40 Pf., Tabellen- oder Kunstsatz mit 50 Proz. Preisaufschlag. Die zweispaltige Reklamezeile 1,50 Mk., mit Platzvorschrift 2 Mk. Bei Wiederholungen und Abschlüssen Rabatt nach Tarif. Chiffregebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 Prozent Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts werden nur gegen Vorausbezahlung aufgenommen. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht garantiert. Aufgabe und Abholung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Alle Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie deutsche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen zu Originalpreisen und Rabatten an.

Bezugspreis: Im Dresdner Bestellbezirk monatlich 1,20 Mk., vierteljährlich 3,60 Mk. frei Haus, durch unsre weiteren Ausgabestellen monatlich 1,30 Mk., vierteljährlich 3,90 Mk. frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 25 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. 1,30 Mk., vierteljährl. 3,90 Mk. • B mit „Illustr. Neueste" • 1,45 • • 4,35 •
In Oesterreich-Ungarn: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. 2,15 Kr., vierteljährl. 6,45 Kr. • B mit „Illustr. Neueste" • 2,32 • 6,96 •
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. 1,10 Mk. Einz.-Numm. 10 Pf.

Vizekanzler v. Payer über die Vorgänge in der Ukraine

Der größte Teil der russischen Schwarzen-Meer-Flotte in unsrer Hand — Zwei wertvolle englische Dampfer vernichtet — Endgültige Einigung zwischen Deutschland und Holland

Feindliche Gegenangriffe in Flandern verlustreich gescheitert

× Berlin, 4. Mai, abends. (Amtlich)

Gegenangriffe der Franzosen gegen den Kemmel und gegen Bailleul sind unter schweren Verlusten gescheitert.

Wichtige Sitzung des Hauptausschusses

× Berlin, 4. Mai

Im Hauptausschuß des Reichstages gab heute Vizekanzler v. Payer eine Erklärung ab, in der er u. a. sagte: Bekanntlich sind wir in die Ukraine auf den ausdrücklichen Wunsch der ukrainischen Regierung eingerückt, um dort Ordnung zu schaffen. Es haben auch verschiedene Gründe andrer Art mitgesprochen. Wir hatten ein lebhaftes Interesse daran, möglichst rasch Lebensmittel aus der Ukraine zu erhalten. Damals war ja die allgemeine Auffassung, daß dort noch Lebensmittel in großen Mengen aufzutreiben seien. Die Ukraine hat sich verpflichtet, bis zum 1. Juli d. J. mindestens eine Million Tonnen Getreide zu liefern. Die Rada hat aber über keine ernstlichen Mittel verfügt, um die Bevölkerung, die im Vorrätebesitz dieser Getreide war, zu deren Ablieferung anzuhalten. Wir mußten uns selbst um die vertragsmäßige Ablieferung der Getreidemengen bemühen. Das ist eine Quelle von Verstimmungen gewesen.

Drei Ereignisse

hatten sich in den Vordergrund des Interesses: 1. der Feldbestellungserlaß des Generalfeldmarschalls v. Eichhorn, 2. die Festnahme von Regierungsmitgliedern in der Rada, 3. die Umwandlung der ukrainischen Regierung. Die ist eine neue, auf neuer Grundlage aufgebaute Regierung. Zunächst ist es so, daß die Umwandlung der ukrainischen Regierung in keinerlei Zusammenhang mit den beiden andern Ereignissen steht. Diese Umwandlung ist lediglich eine ukrainische Angelegenheit, die uns nicht interessiert. Die Rada hat in der letzten Zeit immer mehr an Boden verloren. Sie hat das unzweifelhafte Verdienst, den ukrainischen Staat geschaffen und ihm den Frieden gegeben zu haben. Starres Festhalten an kommunistischen Theorien, die bei der an der Scholle hängenden Bauernbevölkerung keinen Anklang gewonnen haben, scheint hauptsächlich die Ende herbeigeführt zu haben. Der Feldbestellungserlaß ist erfolgt, weil infolge der drohenden Landenteignung die Gefahr bestand, daß ein großer Teil des Bodens unbebaut blieb und damit auch die Ukraine der Möglichkeit beraubt würde, die gegen uns eingegangene Verpflichtung zu erfüllen. Es standen somit Interessen unsres Volkes auf dem Spiele. Die Regierung hatte sich als machtlos erwiesen, für die Erfüllung der Pflichten zu sorgen. Nach den vorliegenden Nachrichten scheint die Mißstimmung der ukrainischen Regierung und die daraus hervorgegangene Resolution der Rada hauptsächlich auf einer ungenauen Wiedergabe des Erlasses durch die ukrainische Presse zu beruhen. Der Erlaß war außerdem nicht an das ukrainische Volk, sondern an die deutschen Kommandobehörden gerichtet, während durch die ukrainische Publikation nachträglich der Anschein erweckt worden ist, als ob es sich um eine deutsche Proklamation handle, was durchaus nicht der Fall ist. Auf Veranlassung des Reichskanzlers ist nunmehr Vorsorge getroffen worden, daß der militärische Befehlshaber in allen Angelegenheiten von politischer Bedeutung nur Hand in Hand mit den Botschaftern vorzugehen hat. Zur

Verhaftung der Regierungsmitglieder

in der Rada gestatte ich mir folgendes vorzutragen: In der Nacht vom 24. zum 25. April wurde der ukrainische Bankdirektor Dobrynj, Mitglied des Finanzausschusses der Ukrainedelegation, die mit uns Finanzverhandlungen führt, von drei bewaffneten Männern verhaftet, die erklärt haben, daß sie im Auftrage eines Komitees zur Rettung der Ukraine handelten. Dieses Komitee verfolgte eine antideutsche Tendenz. Es gehörten ihm auch mehrere Minister an. Im allgemeinen setzte es sich zusammen aus Persönlichkeiten mit viel Temperament und wenig Ueberlegung. Sie gingen so weit, daß sie es sich zum Ziel gesetzt hatten, die Deutschen aus dem Lande zu treiben, und im Hause des Kriegsministers eine Zusammenkunft hatten, in der eine Art sizilianischer Vesper angeregt wurde, nämlich die Umbringung aller deutschen Offiziere. Mit den Soldaten wollten sie dann schon leichter werden. So blieb nichts andres übrig, als die törichten Anstifter dieses Planes unschädlich zu machen. Unser Botschafter Frhr. v. Mumm hat beim Ministerpräsidenten sofortige Untersuchung verlangt. Der Ministerpräsident hat sofortiges Einschreiten zugesagt. Es geschah aber nicht. Es bestand also zweifellos

eine dringende Gefahr

für das Leben unsrer Offiziere und unsres Heeres. Es blieb also nur übrig, sich entweder an die ukrainische Justiz mit Strafanträgen zu wenden — ich glaube, niemand wird diesen Weg als wirklich gangbar erachten —, oder uns selbst zu sichern und unsre Sicherung im Wege eines gerichtlichen Verfahrens zu suchen, das allerdings nicht im Rahmen der ukrainischen Gerichtsverfassung sich abspielen konnte. In der Annahme, daß ein solches gerichtliches Verfahren auch im Interesse der Beteiligten der bessere Weg sei, hat Generalfeldmarschall v. Eichhorn in vollem Einvernehmen mit dem Botschafter den Zustand des erhöhten Schutzes in der Ukraine verfügt, bei dem alle Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung feldgerichtlich abgeurteilt werden sollen. So wurde ein gerichtliches Verfahren eingeleitet und die Verhaftung der aus der Presse bekannten Persönlichkeiten angeordnet. Daß die Verhaftung einzelner von ihnen in der Rada während der Sitzung erfolgte, ist ein von oben

nicht beabsichtigter Mißgriff

der ausführenden Organe, der durchaus zu bedauern ist. Denn von unserm Standpunkt aus ist es ganz selbstverständlich, daß die Immunität der Rada und ihrer Mitglieder auch von unsern in der Ukraine tätigen Organen beachtet wird. Der Generalfeldmarschall hat auch nicht gezögert, diesen Mißgriff unverzüglich wieder gutzumachen. Er hat dem Ministerpräsidenten schriftlich sein Bedauern aussprechen und dem Radapräsidenten die erforderlichen Aufklärungen geben lassen. Der für die Handlung verantwortliche deutsche Ortskommandant ist sofort von seinem Posten entfernt worden. Im übrigen geht die gerichtliche Untersuchung weiter. Der Gehilfe des früheren Außenministers Lubinski ist inzwischen freigelassen worden, da sich die Gründe für seine Festhaltung nicht als ausreichend erwiesen. Die andern Beschuldigten befinden sich noch in Haft. Die neue Regierung hat mit diesen neuen Feldgerichten sich ausdrücklich einverstanden erklärt. Hieraus ist

die neue Regierung

von Ukrainern selbst, und zwar von Bauern ins Leben gerufen worden, die eine ordnungsmäßige Ablösung durchgeführt wissen wollen. Diese Bauern, etwa 7000 an der Zahl, riefen den ukrainischen General Skoropadski zum Diktator und Hetman der Ukraine aus. Skoropadski nahm die Würde an und ist gegenwärtig mit der Bildung der neuen Regierung beschäftigt. Er ist während des Krieges Kommandeur einer Kavalleriedivision gewesen. Das Ministerium wird ein demokratisches sein. Es soll sich von der bisherigen Regierung überhaupt nur durch Nichtanerkennung der kommunistischen, das Eigentum an Grund und Boden negierenden Theorie unterscheiden. Die Beseitigung der bisherigen Regierung ist im ganzen friedlich verlaufen. Ministerpräsident Holubowitsch und Radapräsident Gruschewski haben auf die Regierungsgewalt für ihre Person verzichtet, jedoch dem Mißliebigen der bisherigen Regierung freigestellt, ob sie sich an der neuen beteiligen wollen. Was die neue Regierung der Ukraine bringen wird, das ist eine rein ukrainische Angelegenheit. Jedenfalls hat die neue Regierung bereits erklärt, daß sie sich voll und ganz

auf den Boden des Brest-Litowsker Friedens

und der sonst mit uns getroffenen Abmachungen, einschließlich der Getreidelieferungen, stellt, daß der Freihandel zugunsten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns zugelassen werden soll und daß es eine ihrer ersten und wichtigsten Aufgaben sein wird, ein langfristiges wirtschaftliches Abkommen mit den Mittelmächten abzuschließen. Weitere Vereinbarungen, speziell auch über die für unsre militärische Hilfe zu leistenden Entschädigungen, werden durch Verhandlungen festgesetzt werden. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß diese Verhandlungen zu einem raschen und befriedigenden Abschluß kommen werden.

Die Besprechung

Dem Abgeordneten Eckeidemann ist das ganze Verfahren unverständlich. Die neue Regierung in der Ukraine bestehe aus Kadetten und Föderalisten, d. h. aus solchen, die nach ihrer Parteistellung die letzten wären, mit denen wir arbeiten sollten. Der Hetman Skoropadski habe das Volk nicht hinter sich. Der Zweck, dem Friedensvertrag gemäß das uns zustehende Getreide herauszuholen, könne so nicht erreicht werden.

Abg. Erzberger (Zentr.): Die Gestaltung der Ostfragen sei entscheidend für die gesamte künftige Gestaltung der Dinge in Europa. Die Ukraine sei der Angelpunkt des Ostens. Als Leitsätze für die künftige Politik in der Ukraine stellte er u. a. auf: 1. die politische Reichsleitung habe allein die Entscheidung zu treffen, 2. der Friedensvertrag von Brest-Litowsk müsse Grundlage der Verständigung bleiben, 3. die Lieferung des im Friedensvertrag versprochenen Getreides werde nur dann erfolgen, wenn Deutschland gleichfalls die versprochenen Tauschartikel liefere.

Unterstaatssekretär Freiherr v. d. Busche berichtigt einige Punkte der bisherigen Ausführungen. In Kiew seien zum Brester Vertrag gewisse Ausführungsverhandlungen geführt worden um das Getreideabkommen, das Valutaabkommen und einige andre Punkte. Im übrigen sind in Kiew Herren tätig, die die ukrainische Sprache kennen, so daß der Botschafter stets orientiert ist. Entschieden muß ich dem widersprechen, daß wir in der Ukraine die Großgrundbesitzer durch unsre Politik unterstützen. Der Feldbestellungsbefehl des Feldmarschalls v. Eichhorn ist an die Kommandos ergangen. Darin ist ausdrücklich gesagt, daß in die gesetzlichen Bestimmungen nicht eingegriffen wird. In dieser Beziehung ist auch von Wichtigkeit, daß Skoropadski geäußert hat, daß das Land den Werten entsprechend den Großgrundbesitzern abgenommen werden soll. Es soll in kleinen Parzellen an die Bauern gegeben werden. Daraus geht hervor, daß auch die neue Regierung durchaus nicht die Großgrundbesitzer unterstützt. Die Ministerliste in den Zeitungen trifft nicht zu. Ministerpräsident ist ein Herr Lysogub aus Poltawa. Die Ernennung der Minister ist noch nicht abgeschlossen. Damit dürften auch die Folgerungen, die daran geknüpft sind, hinfällig sein.

Unterstaatssekretär v. Braun, der kürzlich in Kiew war, ergreift das Wort zu der Frage, ob in der Ukraine die erwähnten Getreidevorräte auch wirklich vorhanden sind. Nach dem Urteile der Sachverständigen trifft das durchaus zu. So haben sie uns mitgeteilt, daß in einem kleinen Teil der Ukraine mindestens 100 Millionen Pud, also rund 2 Millionen Tonnen, vorhanden seien. Die damalige ukrainische Regierung wollte aber ihre Vertragsverpflichtungen nicht erfüllen, weil sie das Getreide als Tauschartikel für ihren Handelsverkehr mit Rußland behalten wollte. Schließlich ist es aber doch gelungen, mit ihr einen Vertrag abzuschließen, daß sie an die Mittelmächte 60 Millionen Pud, also ungefähr 1 Million Tonnen, liefern soll. Im April 6 Millionen Pud, im Mai 15, im Juni 20 und im Juli 19 Millionen Pud. Die bisherige Organisation der Regierung hat aber absolut nicht funktioniert. Sie hat nicht einmal das nötige Mehl für Kiew herangebracht. Da hat sie schließlich

ein Staatsgetreidebureau

gebildet, also eine Art Reichsgetreidestelle, aus den Mitgliedern der ukrainischen Getreidebörsen, den Müllereibesitzern und den Genossenschaften, die besonders im Süden eine ziemliche Rolle gespielt haben. Wir haben diesen Vorschlägen schließlich zugestimmt, weil wir uns überzeugen mußten, daß unsre eigene Organisation nur funktionieren konnte, wenn der ukrainische Getreidehandel in der Weise zusammengefaßt war. Weder beim Großgrundbesitz, noch von den Bauern kann man ohne die ukrainischen Juden überhaupt etwas kaufen. Es ist ein neuer Vertrag zustande gekommen, wonach die ukrainische Regierung den Mittelmächten das Getreide in den schon erwähnten Raten liefern soll. Gelingt ihr das nicht, so haben die Mittelmächte das Recht, in unmittelbarem Verkehr sich das Getreide selbst zu besorgen. Von der Gesamteinfuhr aus der Ukraine erhält in den ersten zwei Monaten Oesterreich-Ungarn zwei Drittel, Deutschland ein Drittel, und vom 1. Juni an soll das Verhältnis umgekehrt sein. Im gegenwärtigen Zeitpunkt ist es ungemein schwer, irgendeine Prophezeiung zu machen, was wir überhaupt aus der Ukraine bekommen werden. Nach den allerneuesten Berichten sind etwa 4 Millionen Pud angemeldet, aber noch nicht geliefert worden. Bis jetzt haben etwa 1000 Waggons Getreide und andre Lebensmittel die trockene Grenze überschritten. Außerdem sind 800 Tonnen über Braila in Rumänien gegangen. Der ukrainische Bauer verkauft ungern Getreide, aus Furcht vor der Zukunft. Eine wirtschaftliche Notwendigkeit für ihn, zu verkaufen, besteht nicht, da er mit Geld vollgestopft ist. An landwirtschaftlichen Maschinen und kleinem Eisenbahnmaterial können wir ihm etwa 80 000 Tonnen zur Verfügung stellen. Etwas liefert Oesterreich auch. Mit der österreichischen Delegation haben wir im allerengsten Einvernehmen gearbeitet. Wir hatten ja auch dasselbe Interesse, möglichst viel Getreide aus der Ukraine heranzuschaffen.

Abg. Ledebour tadelt die übereilte Vertragsschließerei und den Erlaß des Generalfeldmarschalls v. Eichhorn. Die neuen Minister würden nicht mehr Macht haben, als die alten. Redner geht dann auf die Ostfragen im allgemeinen ein.

Die Beratung wird um 1½ Uhr abgebrochen.

Vergebliche englische Angriffe am Jordan

× Konstantinopel, 4. Mai

Amtlicher Tagesbericht vom 3. Mai: Palästinafront: Die erbitterten Kämpfe im Ostjordanland halten ununterbrochen an. Mit besonderer Heftigkeit richtete der Feind seine Angriffe gegen unsre Stellungen nördlich der Straße Jericho—El-Salt. Alle Anstrengungen haben ihn seinem Ziele nicht näher gebracht. Seine Verluste steigerten sich zusehends. Die Zahl der erbeuteten Geschütze erhöhte sich auf zehn. — Mesopotamien: Starke englische Kräfte machten einen Vorstoß gegen unsre südlich Kerkuk stehenden Truppen. Den von uns zurückgenommenen Abteilungen ist der Engländer nicht gefolgt. Hauptmann Schütz schoß ein feindliches Flugzeug ab und errang damit seinen achten Luftsieg im Irak. — Auf den übrigen Fronten ist die Lage unverändert. Deutsche Truppen besetzten am 1. Mai Sebastopol und fanden dort den größten Teil der russischen Schwarz-Meer-Flotte, Linienschiffe, Kreuzer, Unterseeboote sowie Handelsschiffe. „Sultan Yawus Selim" und einige unsrer Torpedoboote sind nach beschwerlicher, aber glücklich durchgeführter Fahrt durch das Minengebiet am 2. Mai abends in Sebastopol eingelaufen.

Englands Festsetzung an der Murmanküste

Vom Oberst z. D. P. Wolff

Nachdem Englands Plan der Beherrschung der Ostsee durch vertragliche Gewinnung der Inseln vor dem Baltenlande, der Alandsinseln und der Pachtung von Estland und Südfinnland, worüber zuerst mit der zarischen Regierung und nach deren Sturz mit der liberalen Regierung Miljukow verhandelt worden ist, durch die deutsche Eroberung der baltischen Provinzen und die Hilfe Deutschlands zur Befreiung Finnlands vom Bolschewikijoch gescheitert ist, sucht Großbritannien an der Murmanküste des nördlichen Eismeers festen Fuß zu fassen. Es hat kürzlich Truppen in der Kolabucht gelandet. Archangelsk ist bereits seit Mai v. J. von englischen Truppen besetzt, nun ist auch die wichtige Kolabucht in englischer Gewalt. Die Macht der Bolschewiki reicht nicht so weit nach Norden, um diese Gewaltmaßregel zu verhindern. England hat schon während des ganzen Krieges die Murmanküste und das Weiße Meer kontrolliert und hält jetzt die ganze Verwaltung dieses weiten Gebietes in seiner Hand. Es agitiert für die Gründung einer nordrussischen Republik mit Archangelsk als Hauptstadt, die unter englischem Schutz stehen würde. England könnte dann seinen Einfluß auf das ganze für die Ein- und Ausfuhr Rußlands höchst wichtige Eismeergebiet ausdehnen und auf die Politik der großrussischen Republik, ungestört durch fremde Länder, einwirken, da die Kolabucht durch die Murmanbahn mit Petersburg, Archangelsk aber über die Bahn nach Wologda mit Moskau in direkter Verbindung steht.

England setzt damit das während des Weltkrieges konsequent durchgeführte System der Aneignung fremder Gebiete fort. In Calais und Boulogne hat es sich fest eingenistet und ist jetzt in gewaltiger Sorge, diese festen Stützpunkte seiner Waffenwirkung auf dem Festlande durch deutsche Kraft zu verlieren; vor den Dardanellen hält es die Inseln Lesbos, Tenedos, Imbros und Lemnos, die Griechenland gehören, zur Beherrschung der Meerengenstraße in der Hand. Aegypten und der Suezkanal sind annektiert, die deutsch-afrikanischen Kolonien sind seiner Ländergier zum Opfer gefallen. Löse oft haben die Führer des britischen Volkes in alle Welt gerufen, daß Großbritannien nicht von Eroberungslust und Landhunger, von keinerlei selbstsüchtigen Zielen beseelt sei! Lüge und Heuchelei waren ja von Anfang bis zu Ende der Grundzug britischer Politik. Die Festsetzung an der Murmanküste beweist es aufs neue. Rußlands Schwäche wird benutzt, um einen neuen militärisch und wirtschaftlich höchst wichtigen Besitz zu ergattern.

Daß britische Truppen erst jetzt in der Kolabucht gelandet sind, hat seinen Grund in der Absicht Finnlands, einen Teil der Murmanküste, von der norwegischen Grenze bis Port Wladimir, von Rußland zu erwerben. Finnland bedarf dieser Küste, um des dortigen großen Fischreichtums zur Ernährung der Bevölkerung der Lappmark teilhaftig zu werden. Im Sommer geht an der Murmanküste eine umfangreiche Dorschfischerei vonstatten, die zur Zeit hauptsächlich von Norwegen betrieben wird. Dieser Fischreichtum gab seinerzeit den Anlaß, Alexandrowsk an der Kolabucht als neuen Verwaltungssitz zu gründen und von dort aus die Murmanküste zu kolonisieren. Der Ort hat seinen Zweck verfehlt. Selbst die Murmanbahn endet nicht in Alexandrowsk, sondern am andern (östlichen) Ufer der Kolabucht, in dem Fischerdorf Semenew, dem unlängst der Name Romanow gegeben wurde. Im Besitze des rührigen finnländischen Volkes würde die Kolonisierung voraussichtlich schneller vor sich gehen.

Augenblicklich befindet sich eine größere Abteilung der Weißen Garde auf dem Marsche durch die Lappmark, um den nördlichen Teil Finnlands von Banden der Roten Garde zu säubern. England fürchtete daher, daß Finnland von der Kolabucht Besitz ergreifen würde, und wollte den finnischen Plan vereiteln. Der kürzlich unternommene Kollektivschritt der Ententemächte bei der russischen Regierung, Maßnahmen zum Schutze der Murmanbahn zu treffen, zielt auf die Abweisung Finnlands hin und soll den englischen Plan unterstützen. Uebrigens sollen die Verhandlungen Rußlands und Finnlands, wegen verschiedener Grenzaufklärungen in der nächsten Zeit ihren Anfang nehmen. Sie dürften auch die Rückgabe des 70 Kilometer langen Stückes der Murmanküste umfassen. Nachdem Finnland so schwer durch die Unterstützung der Roten Garde seitens der Bolschewikiregierung gelitten hat, kann man nur wünschen, daß dem berechtigten Verlangen Finnlands jetzt bereitwillig nachgekommen wird.

Daß England sich bemüht, an der Murmanküste Ersatz für den Verlust in der Ostsee zu erhalten, ist begreiflich. Diese Küste ist das ganze Jahr hindurch eisfrei, da sie vom Golfstrom bestrichen wird. In das Weiße Meer greift er nicht mehr ein. Die Schiffahrt durch dieses Meer nach Archangelsk ist sechs Monate im Jahr geschlossen und kann durch Eisbrecher nicht offengehalten werden. Der Kolahafen ist daher in den Wintermonaten der letzten Jahre in ausgiebigster Weise zur Ausschiffung des von England und Amerika kommenden Kriegsmaterials benützt worden. Der Abtransport konnte auf der durch den Frost standhaft gewordenen Murmanbahn ungestört vor sich gehen, mäß-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1918050502/1